

Wohnungsnot treibt die SPD um

Der neue Generalsekretär, MdB Uli Grötsch, beim Jahresempfang der Kreistagsfraktion

Landkreis. Als „größte Herausforderung“ für die politische Arbeit im Landkreis bezeichnete SPD-Kreis- und Fraktionsvorsitzender Rainer Hummel die Schaffung finanzierbaren Wohnraumes für sozial Schwächere und für anerkannte Flüchtlinge – in dem Bewusstsein, dass dem Landkreis bei dieser Thematik weitgehend die Hände gebunden sind, weil Wohnungsbau in die Zuständigkeit der Kommunen fällt. Auch der Gastredner beim Jahresempfang der SPD-Kreistagsfraktion am Mittwochabend in Wenzenbach, der Bundestagsabgeordnete aus dem Landkreis Neustadt an der Waldnaab, Uli Grötsch, nannte den sozialen Wohnungsbau neben der Sicherung eines vernünftigen Rentenniveaus ein herausragendes Ziel der SPD-Politik auf Bundesebene.



Der neue Generalsekretär der Bayern-SPD, Bundestagsabgeordneter Uli Grötsch aus Neustadt an der Waldnaab (links) machte sich für den sozialen Wohnungsbau und ein stabiles Rentenniveau stark. (Fotos: Hossfeld)

Im Saal der Gaststätte Zum Kneißl in unmittelbarer Nachbarschaft des Sportplatzes in Wenzenbach hatten sich gut drei Dutzend Gäste eingefunden, die zu dem nach einigen Jahren Pause wiederbelebten Jahresempfang der Kreistagsfraktion der SPD eingeladen worden waren. Neben Politprominenz wie dem ehemaligen Staatssekretär Dr. Albert Schmid aus Laaber und Landrätin Tanja Schweiger waren etliche Vertreter von Organisationen und Verbänden erschienen. Kreis- und Fraktionsvorsitzender Rainer Hummel sagte, die Veranstaltung gelte vor allem dem gegenseitigen Austausch und Gesprächen in „lockerer Atmosphäre“.

Lob für Arbeit der bunten Koalition

In einem kurzen Rückblick auf drei Jahre bunter Koalition im Landkreis lobte Hummel die Zusammenarbeit der insgesamt fünf Parteien: „Es ist schon viel pas-

siert“, sagte er, erinnerte aber an „das Dauerthema“, das die größte Herausforderung für den Landkreis darstelle: die Schaffung sozialen Wohnraums, um der Vielzahl an zuziehenden Familien und anerkannten Flüchtlingen ein Dach über dem Kopf zu verschaffen. „Wenn eine Region so dynamisch ist, wie Regensburg, müssen wir darauf achten, dass es immer welche gibt, die nicht Schritt halten können“, sagte der Kreisvorsitzende. Er schränkte allerdings auch ein, dass es nicht Aufgabe des Landkreises sei, für Wohnraum zu sorgen, weil der Gesetzgeber dafür eindeutig die Kommunen in die Pflicht nehme.

Landrätin Tanja Schweiger nahm diesen Faden in ihrem kurzen Grußwort auf und bestätigte das „hohe Mietniveau“ bei gleichzeitig fehlenden Leerständen im Wohnungsbereich. Vor allem Arbeitslose und



Unter den gut drei Dutzend Zuhörern stellvertretender Landrat Hans Dechant (links vorne), der ehemalige Staatssekretär Dr. Albert Schmid (hinter ihm) und Landrätin Tanja Schweiger (hinter Schmid). Rechts vorne Wenzenbachs Bürgermeister Sebastian Koch und dahinter Kreisvorsitzender Rainer Hummel.

Flüchtlinge drohten abgehängt zu werden, weil der Staat bei den Kosten der Unterbringung nicht den ständig steigenden Mietpreisen folge: „Die Vermieter akzeptieren nicht, dass wir im Schnitt rund 150 Euro weniger Beihilfe zahlen können, als die Miete kosten würde“, rechnete sie vor. An den Gastredner des Abends, den Bundestagsabgeordneten und vor einer Woche zum neuen Generalsekretär der Bayern-SPD gewählten Uli Grötsch, adressierte Schweiger die Forderung: „Der Bundestag muss sich hier um eine anständige Lösung bemühen!“.

„Nicht alles perfekt in Bayern“

Nachdem auch der Hausherr, Wenzenbachs Bürgermeister Sebastian Koch, bemängelt hatte, dass seine Gemeinde wegen der hohen Quadratmeterpreise in Regensburg zu „einem Vorort“ der Domstadt zu mutieren drohe – weshalb Wenzenbach neuerdings Baugebiete wieder selber überplane, um sozialere Preise zu ermöglichen (durchschnittlich würden in Wenzenbach schon 350 Euro genommen) – übernahm Grötsch.

Das Thema Wohnungsnot fügte sich gut in das Motto seiner Rede „Bayern vor großen Herausforderungen“. Zwar lobte er die Bundesrepublik für ihr Engagement bei der Aufnahme der Flüchtlinge – „Das wäre in keinem anderen Land möglich gewesen“ – meinte aber, in Hinblick auf Bayern, dass „nicht alles perfekt“ sei angesichts von rund 1,4 Millionen Armen, darunter 400.000

Kindern. Deshalb sei es wichtig, dass die SPD bei der Bundestagswahl am 24. September den Sieg davontrage, sagte Grötsch. Denn im Gegensatz zur Union, die beispielsweise bei den Renten zunehmend auf private Vorsorge setze, würden in der SPD-Fraktion Verbesserungen diskutiert, die der Staat tragen sollte. „Neben einem Rentensicherungsniveau von 48 Prozent muss vor allem sichergestellt werden, dass jeder, der 45 Jahre lang gearbeitet hat, abschlagsfrei in Rente gehen kann“, forderte Grötsch. Private Vorsorge, wie sie die Union fordere, könne sich hingegen angesichts der steigenden Kosten für Mieten kaum noch jemand leisten. Er lobte Bürgermeister Koch für ein soziales Wohnungsbauprojekt im Ortsteil Irlbach – „Das ist genau das, was wir brauchen!“ – und kritisierte zugleich den Freistaat wegen der „schwachen Ausstattung“ an Förderung für den Wohnungsbau der Kommunen. „Nur 30 Prozent Fördersatz – und das angesichts der Tatsache, dass genügend Geld da ist!“, klagte der Abgeordnete. Im Bundestag werde schon lange nicht mehr darüber diskutiert, wo das Geld herkommen solle, das benötigt werde, sondern wie die vielen Überschüsse verteilt werden könnten.

„Deutschland hat an der Eurokrise über 100 Milliarden Euro verdient“, rechnete Grötsch vor. Da müsse mehr dafür getan werden, dass die Menschen da wohnen bleiben können, wo sie schon immer gewohnt hätten und nicht wegen unbezahlbarer Mieten „ins Hinterland“ abgeschoben würden. –mox-

KOMMENTAR

Wohlfeile Forderung

Die Forderung nach bezahlbarem Wohnraum ist zurzeit sehr populär. Allenthalben steigen die Mieten wesentlich schneller, als die Einkommen, was vor allem in so genannten Boom-Regionen wie Regensburg zu einer Verdrängung der Menschen führt, die mit diesem Tempo nicht mehr Schritt halten können.

Die Forderung nach bezahlbarem Wohnraum ist aber auch wohlfeil, wenn sie von Kreispolitikern erhoben wird, da dessen Schaffung sich der Einflussnahme des Landkreises weitestgehend entzieht. Die Kommunen sind hier gefordert, etwa auf der Basis staatlich geförderten Wohnungsbaues Bauplätze auszuweisen. Angesichts eines Fördersatzes von nur 30 Prozent (dazu 60 Prozent zinslose Kredite und zehn Prozent Eigenleistung der Gemeinden) im Rahmen des Wohnungspaktes Bayern ziehen die Gemeindeoberhäupter aber nicht so, wie sie sollen. Zumal ihnen

etwa bei Bürgerversammlungen oft auch Ablehnung der Bürger entgegenschlägt, die keine Mehrfamilienhäuser in ihren Dörfern wollen, weil sie eine „Verstädterung“ ihrer Gemeinden befürchten. Oder ganz lapidar die Verschattung ihrer Grundstücke durch höhere Häuser.

Auch das Argument, man wisse ja, „welches Volk“ in sozial geförderte Wohnungen einziehe, wird vielfach laut und macht es für die Bürgermeister nicht einfacher, entsprechend Bauland auszuweisen. Schließlich wollen sie wiedergewählt werden.

Angesichts dieser Gemengelage wird es wohl auch nach einer eventuellen Machtübernahme im Bund durch die SPD weitgehend bei Lippenbekenntnissen zu dieser Problematik bleiben. Schließlich sind die Sozialdemokraten seit Jahren Mitglied der Regierungskoalition. Viel geändert hat das nicht an der Wohnungsnot.

Thomas Hossfeld